

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,

35. Plenarsitzung am 27. März 2008 zu TOP 43:

Extremismus in jeder Form konsequent entgegentreten – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover,

Antrag der Fraktionen der CDU und FDP, Drs. 16/1038,

Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE, Drs. 16/1103,

und zu TOP 44:

Rechtsextremismus konsequent entgegentreten – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover,

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 16/1052, und zu TOP 45:

Rechtsextremismus konsequent entgegentreten – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover,

Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 16/1053

Erste Beratung

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

es wirkt auf den ersten Blick verwunderlich, wenn dem Plenum drei Anträge und ein Änderungsantrag vorliegen, die alle in der Überschrift den Wortlaut „Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 01. Mai in Hannover“ enthalten.

Aber, meine Damen und Herren, auf den zweiten Blick zeigen sich dann die Unterschiede in den vorliegenden Anträgen:

Die SPD-Landtagsfraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihren Entschließungsanträgen und auch die Fraktion Die LINKE in ihrem Änderungsantrag zum Antrag der CDU und FDP fordern, Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten.

Denn, meine Damen und Herren: Am 1. Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften“ mit der NPD aufmarschieren.

Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten. Sie reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende.

Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“ und meinen dabei eine faschistische Diktatur. Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften“ maßgeblich verantwortlich. Über 1 000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1. Mai für Hannover angekündigt.

Diese Provokation darf nicht tatenlos hingenommen werden! Niedersachsen steht für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft. Deshalb muss der extremen Rechten und ihren Ideologien eine klare Absage erteilt werden.

Daher kommt es jetzt darauf an, Zivilcourage zu zeigen und Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschlossen und gemeinsam zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, diese Aussagen, die ich ihnen gerade vorgetragen habe, sind identisch mit dem Aufruf „Bunt statt braun“, der unter der Federführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Niedersachsen-Mitte von einem inzwischen über 120 Organisationen umfassenden gesellschaftlichen Bündnis getragen wird.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in ihrem Antrag sehr stark (fast wortgleich) an der einstimmig beschlossenen Resolution des Rates der Landeshauptstadt Hannover orientiert.

Wenn man sich in der Landeshauptstadt fraktions- und gruppenübergreifend einigt, gemeinsam gegen Rechtsextremismus einzutreten und sich für eine weltoffene Stadt mit einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft auszusprechen, dann sollte es eigentlich doch auch hier möglich sein, eine gemeinsame Resolution gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und ausländerfeindliche Organisationen zu beschließen.

In Niedersachsen leben Menschen aus über 150 Nationen und Kulturen friedlich zusammen. Auch die Landeshauptstadt Hannover steht für Weltoffenheit, Gleichberechtigung und Toleranz.

Die SPD-Landtagsfraktion will, dass sich der Landtag dazu bekennt, dass es allen Niedersachsen - gleich welcher Herkunft, Religion oder Nationalität – ermöglicht wird, sich in Niedersachsen wohlfühlen, leben, lernen und arbeiten zu können.

Wir können und wollen es nicht dulden, dass Menschen in diesem Land aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Kultur oder sozialen Stellung angefeindet oder diskriminiert werden.

Das stört das friedliche Zusammenleben aller und schadet dem Wohl der gesamten Gesellschaft.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung mit ihrem Antrag auf, den Schutz der Menschen, die am 1. Mai friedlich gegen den Neonaziaufmarsch in Hannover demonstrieren, vor Übergriffen durch Neonazis umfassend sicherzustellen,

die Gedenkstättenarbeit in niedersächsischen NS-Gedenkstätten zu fördern und auszubauen,

die Vermittlung von Werten wie Weltoffenheit, Demokratie und Solidarität in Schulen und Hochschulen nachhaltig zu fördern,

die bestehenden Initiativen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, fortzusetzen und auszubauen.

Meine Damen und Herren, wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, Zivilcourage zu zeigen, die friedlichen Aktivitäten gegen den Neonaziaufmarsch am 1. Mai in der Landeshauptstadt Hannover zu unterstützen!

Wir freuen uns natürlich darüber, dass der hannoversche Polizeipräsident eine inhaltlich umfangreiche und gut begründete Verbotsverfügung für den Aufmarsch der Neonazis am 01. Mai erlassen hat. Und wir hoffen natürlich auch, dass diese Verfügung auch bei einer gerichtlichen Überprüfung bestehen bleibt. Aber, meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit leider oft erleben müssen, dass ein solches Verbot von den Verwaltungsgerichten aufgehoben oder aufgeweicht wurde.

Meine Damen und Herren, wir sind uns in diesem Haus fraktionsübergreifend in ganz vielen Punkten einig.

Aber meine Damen und Herren von CDU und FDP, wenn man ihren Antrag liest, muss man leider feststellen, dass sie sich in der Überschrift und in ihrem Antragstext leider nicht an der einstimmig verabschiedeten Resolution des Rates der Landeshauptstadt Hannover orientiert haben.

Dieses finden wir sehr bedauerlich.

Sie verfremden den ursprünglichen Text durch ein allgemeines Bekenntnis gegen politischen Extremismus in jeglicher Ausprägung.

Das, meine Damen und Herren, ist im Zusammenhang mit der Thematik des Neonaziaufmarsches am 1. Mai der falsche Ansatz, den wir nicht unterstützen.

Und dieses, meine Damen und Herren von CDU und FDP, bringen sie durch den ersten Teil der Überschrift zu ihrem Antrag auch noch an herausragender Stelle zum Ausdruck.

Es handelt es sich aber bei der angemeldeten Demonstration der Neonazis am 1. Mai 2009 mit ihren rechtsextremen, fremdenfeindlichen und ausländerfeindlichen Parolen um eine offene Provokation gegen eine demokratische, tolerante und weltoffene Gesellschaft.

Und in dieser Frage, meine Damen und Herren, hätte ich mir eine einstimmige gemeinsame Positionierung aller Fraktionen gewünscht.

Meine Damen und Herren, beispielsweise hat am 24. März die Regionsversammlung der Region Hannover einstimmig eine Resolution gegen Rechtsextremismus in der Region Hannover beschlossen, die sich inhaltlich an der Resolution der Landeshauptstadt Hannover orientiert.

Auch die Abgeordneten der Regionsversammlung rufen alle Menschen in der Region Hannover dazu auf, sich an den friedlichen, Protesten und Aktivitäten gegen das Auftreten von Rechtsextremisten und Neonazis in Hannover am 1. Mai zu beteiligen und dies durch eine zahlreiche Teilnahme am Fest der Demokratie am 1. Mai auf dem Klagesmarkt in Hannover deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf einen Punkt in ihrem Antrag möchte ich sie ansprechen.

Sie übernehmen darin die bislang nur von den Regierungsfractionen verwendete Formulierung „Der Landtag bittet die Landesregierung“. Wir hingegen verwenden die Formulierung „Wir fordern die Landesregierung auf“.

Der Niedersächsische Landtag ist die frei gewählte Volksvertretung unseres Bundeslandes. Wir sind als Legislative die erste Gewalt der drei Gewalten in Niedersachsen. Und als solche sollten wir auch selbstbewusst gegenüber der Landesregierung als zweiter Gewalt auftreten und dieses auch mit der verwendeten Wortwahl in unseren Entschließungsanträgen zum Ausdruck bringen.

Wir werden aber dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen, weil er im übrigen die auch von uns vertretene eindeutige Positionierung gegen Rechtsextremismus klar zum Ausdruck bringt.

Gleiches gilt für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, welche die Resolution des Rates der Landeshauptstadt Hannover übernommen hat. Diesem Antrag werden wir natürlich auch zustimmen. Dem Antrag von CDU und FDP können wir aus den eben dargestellten Gründen leider nicht die Zustimmung erteilen.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.